

Artikel publiziert am: 06.06.11

Datum: 07.06.2011 - 10.30 Uhr

Quelle: <http://www.az-online.de/nachrichten/altmarkkreis-salzwedel/kloetze/die-muss-weiter-machen-1272787.html>

„Die BI muss weiter machen“

Klötze. Zu einer Informationsveranstaltung hatte die Bürgerinitiative (BI) „Kein CO2 Endlager in der Altmark“ in den Saal der Klötzer Gaststätte Braunschweiger Hof eingeladen. Unter den Gästen waren auch die beiden Landtagsabgeordneten Hans-Jörg Krause (Die Linke) aus Salzwedel und Uwe Harms (CDU) aus Klötze.



Etwa 40 Zuhörer kamen in den Braunschweiger Hof, um sich über die CO₂-Verpressung und mögliche Alternativen zu informieren.

Stefan Quisdorf von der BI stellte das Projekt der geplanten CO₂-Verpressung kurz vor und schilderte die damit verbundenen Risiken und Gefahren für die Bevölkerung, Natur und Umwelt. So gebe es etwa 400 bis 600 Bohrlöcher in der Altmark, alle seien mögliche Austrittspunkte für das verpresste CO₂. In den ehemaligen Erdgaslagerstätten befinden sich hochgiftige Stoffe wie Blei, Arsen und Quecksilber. Durch die Verpressung von CO₂ könnten diese Stoffe nach oben und somit in das Grundwasser gelangen, befürchten die Sprecher der BI.

Auf den Gesetzentwurf der Bundesregierung ging Christfried Lenz von der BI ein. Bei dem geplanten Forschungsspeicher in Maxdorf brauche die Langzeitsicherheit nicht gewährleistet zu sein, Menschen und Umwelt dürften beeinträchtigt werden, erläuterte er.

Während der Erforschungsphase sollen bis zu 100 000 Tonnen CO₂ verpresst werden, einige Jahre später, nach erfolgreicher Erprobung, können es bis zu 250 Millionen Tonnen werden.

Die etwa 40 Anwesenden bei der Zusammenkunft in Klötze sahen im Anschluss einen kurzen Film über einen Unfall in einer Lackfabrik in Mönchengladbach. Zur Brandbekämpfung wurde CO₂ eingesetzt, das Einsatzkräfte, Mitarbeiter und Anwohner stark gefährdete. Bewohner von 50 Häusern mussten evakuiert, drei

Betroffene sogar wiederbelebt werden.

Es gab noch einen zweiten Film zu sehen. Dieser zeigte drei Gemeinden in Deutschland, eine davon war Ostritz in Sachsen, die sich unabhängig von Konzernen gemacht haben und die Versorgung der Bevölkerung mit Wärme und Strom selbst übernehmen. Dies schaffe Arbeitsplätze vor Ort. Das Geld werde in der Region ausgegeben. Von den Steuereinnahmen haben wieder alle Menschen vor Ort etwas.

Als erster Landtagsabgeordneter ergriff Hans-Jörg Krause das Wort. Er stellte fest, dass die BI bereits viel erreicht habe, die Menschen in der Region seien für das Thema CO₂-Verpressung sensibilisiert. Da sich der Landtag noch nicht klar gegen CCS ausgesprochen hat, bestehe die Gefahr immer noch. Hans-Jörg Krause schätzte ein, dass die Beteiligung der Länder nur darauf abziele, die Verantwortung vom Bund auf die Länder zu übertragen. Kein Landtagsabgeordneter dürfe dem zustimmen, forderte er. Der Salzwedeler verlas ein Schriftstück, in dem die Ost-Ministerpräsidenten die CO₂-Verpressung für eine wichtige Option halten. Sein Resümee: „Die BI muss weiter machen.“

Die Politik müsse gezwungen werden, dagegen zu stimmen.

Auch Uwe Harms zeigte sich gegenüber der CO₂-Verpressung in der Altmark kritisch. Er könne dieses Vorhaben aufgrund der vielen Bohrlöcher in der Altmark nicht befürworten. Da es bisher nur einen Gesetzentwurf gebe, könne er auch noch keine Entwarnung geben, machte der Klötzer deutlich. Uwe Harms dankte der Bürgerinitiative ausdrücklich für die Aufklärung der Bevölkerung.

Viele Einbrüche in Regionen mit Tagebau hat Uwe Maurer erlebt. Er stammt aus dem Raum Halle. Auch dort sei immer gesagt worden, es könne nichts passieren. „So eine tickende Zeitbombe müssen wir uns nicht herholen“, wünschte sich Uwe Maurer.

Die Mitglieder der BI stellten in Klötze eine Alternative vor. Die ehemaligen Bohrlöcher könnten für Geothermie genutzt werden, was beispielsweise schon in Arendsee geplant ist. Dort unten herrschen Temperaturen von 100 bis 150 Grad, diese könnten für die Erzeugung von Strom und zur Wärmeversorgung genutzt werden. Uwe Harms fand die Thematik sehr interessant, dafür werde er sich stark machen, kündigte der Landtagsabgeordnete an.

Stefan Quisdorf empfahl den Anwesenden, sich darum zu kümmern, die Versorgung der Menschen mit Energie und Wärme selbst in die Hand zu nehmen. So könnten sich die Einwohner zum Beispiel an Windparks oder an Biogasanlagen beteiligen, regte er an und verwies auf das Bioenergiedorf Tangeln. Die Energiekosten sinken, niemand ist nicht mehr machtlos den Konzernen ausgeliefert und es kann dabei Geld verdient werden, listete Stefan Quisdorf als Vorteile auf.

Von Wolfram Weber